



Antrag

der Fraktion des SSW

Bericht zur aktuellen Lage im Umgang mit afghanischen Botschaften, Behördengängen und Geflüchteten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, in der 45. Tagung (September 2026) mündlich über den aktuellen Sachstand zur Lage der afghanischen Auslandsvertretungen, den Umgang mit Abschiebungen nach Afghanistan in Schleswig-Holstein, diesbezügliche Gespräche mit der Bundesebene und die Auswirkungen auf die afghanische Community zu berichten. Darüber hinaus wird die Landesregierung gebeten, über die aktuelle Lage im Bereich Familiennachzug zu berichten.

Begründung:

Am 15. August 2026 jährte sich zum fünften Mal die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan. Seitdem hat sich die Menschenrechtslage vor Ort, insbesondere von Frauen, Kindern, Minderheiten, LGBTQIA+, Aktivist:innen, Journalist:innen, Regimegegner:innen katastrophal verschlechtert.

Das Bundesministerium des Inneren hat mittlerweile afghanische Staatsangehörige zur Ausstellung von Reiseausweisen aufgefordert. Das bedeutet, dass nun allen Afghaninnen und Afghanen der Kontakt mit den afghanischen Auslandsvertretungen in Deutschland und damit dem Taliban-Regime zugemutet wird. Die afghanische Community bleibt auf die Auslandsvertretungen ihres Herkunftsstaates angewiesen, wenn es um die Klärung ihrer Identität oder um die Ausstellung oder Verlängerung von Nationalpässen geht und muss nun gegebenenfalls mit von den Taliban entsendeten Botschaftern kooperieren. Laut Berichterstattung plant die Bundesregierung vermehrt Abschiebungen nach Afghanistan auch von nicht

straffällig gewordenen Afghaninnen und Afghanen und kooperiert, um dieses Ziel zu erreichen mit den Taliban.¹

Sybilla Nitsch

und Fraktion

¹ <https://www.tagesschau.de/inland/bundesregierung-taliban-abschiebung-100.html> (Zuletzt aufgerufen am 01.09.2026)